



Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion | Postfach 13 20 | 54203 Trier

Gegen Empfangsbestätigung
Zweckverband Flugplatz Bitburg
Maria-Kundenreich-Str. 7
54634 Bitburg

Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm

L	G	G	G	G	G
	1.1	1.2	1.3	1.4	2
28. Juni 2022					
Amt	OF				
Kopie					

Kurfürstliches Palais
Willy-Brandt-Platz 3
54290 Trier
Telefon 0651 9494-0
Telefax 0651 9494-170
poststelle@add.rlp.de
www.add.rlp.de

20.06.2022

Mein Aktenzeichen 17 06-2 ZV Flugplatz
Ihr Schreiben vom 06.05.2022
Bitburg / 21a
Bitte immer angeben!

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Meike Steffes
meike.steffes@add.rlp.de

Telefon / Fax
0651 9494-163
0651 9494-77163

Vollzug des Landesgesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG)
Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg für
das Haushaltsjahr 2022

Sehr geehrter Herr Berscheid,

mit Schreiben vom 06.05.2022, eingegangen bei der ADD am 12.05.2022, wurden die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg für das Haushaltsjahr 2022 vorgelegt.

Nach sachlicher und rechtlicher Prüfung der vorgelegten Unterlagen ergeht gemäß §§ 5 Abs. 2, 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 KomZG i. V. m. § 97 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO in Bezug auf die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 folgende

Entscheidung:

Aufgrund des schwerwiegenden Verstoßes gegen § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 KomZG i. V. m. § 103 I GemO wird die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 beanstandet.



Begründung:

I.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg hat in der öffentlichen Sitzung am 26.04.2022 die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 einstimmig beschlossen. Die Vorlage der beschlossenen Haushaltssatzung mitsamt Haushaltsplan bei der Aufsichtsbehörde erfolgte mit Schreiben vom 06.05.2022.

Hierin waren unter § 1 der Haushaltssatzung Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 5.330.000 €, Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 10.205.000 €, sowie ein Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf -4.875.000 € veranschlagt.

Unter § 2 der Haushaltssatzung waren Investitionskredite in Höhe von 5.600.000 € vorgesehen.

II.

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion ist gemäß § 5 Abs. 2 KomZG i. V. m. §§ 3 Abs. 1 VwVfG, 1 Abs. 1 LVwVfG als Aufsichtsbehörde für die Prüfung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg für das Haushaltsjahr 2022 sachlich und örtlich zuständig.

Die Erforderlichkeit zum Erlass der Haushaltssatzung und deren Vorlage bei der Aufsichtsbehörde mitsamt dem Haushaltsplan ergibt sich vorliegend aus § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 KomZG i. V. m. §§ 95 Abs. 1, 97 Abs. 2 Satz 1 GemO.

Ich gehe davon aus, dass das Rechtserhebungsverfahren formell rechtmäßig erfolgt ist.

Bezüglich der materiellen Rechtmäßigkeit der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2022 ist Folgendes festzustellen:

Gem. § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 KomZG i. V. m. § 103 Abs. 1 GemO dürfen Investitionskredite nur für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sowie zur Umschuldung von Investitionskrediten aufgenommen werden.

Der Höchstbetrag der Investitionskredite setzt sich nach § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 KomZG i. V. m. der VV Nr. 4.1 zu § 103 GemO aus der Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit abzüglich der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit zusammen. Er entspricht also dem Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.

Dies ergibt sich auch aus der VV Nr. 2 zu § 7 KomZG i. V. m. § 14 Nr. 3 GemHVO, wonach nach dem Grundsatz der Gesamtdeckung Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und aus der Aufnahme von Investitionskrediten insgesamt zur Deckung der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit dienen. Dies bedeutet, dass die gesamten Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 5.330.000 € für die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 10.205.000 € in Anspruch genommen werden müssen. Daher soll lediglich der entstehende Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von -4.875.000 € durch die Aufnahme der o.g. Investitionskredite finanziert werden.

Gleiches lässt sich auch aus dem Grundsatz der Nachrangigkeit gem. § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 KomZG i. V. m. § 94 IV GemO ableiten. Demnach darf der Zweckverband nur Investitionskredite aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzumutbar wäre. Der Anwendungsbereich des § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 KomZG i. V. m. § 94 IV GemO eröffnet sich also erst, wenn die Finanzquellen nach § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 KomZG i. V. m. § 94 II GemO erschöpft sind. Nach § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 KomZG i. V. m. § 94 II GemO sollen zur Erfüllung der Aufgaben zunächst Erträge und Einzahlungen, Entgelte für Leistungen und Steuern in Anspruch genommen werden. Die Aufnahme von Investitionskrediten ist demnach nachrangig.

Vorliegend dürfen also lediglich Investitionskredite in der Höhe aufgenommen werden, wie sich nach dem Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ergibt, folglich 4.875.000 €. Entsprechendes gilt im Übrigen auch für die Folgejahre.



In Folge dessen beinhaltet die von der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 26.04.2022 beschlossene Haushaltssatzung eine falsche Festsetzung der Investitionskredite in § 2 der Haushaltssatzung und ist materiell rechtswidrig. Die Satzung muss dahingehend geändert werden, dass unter § 2, Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, ein Gesamtbetrag an Investitionskrediten von höchstens einem Betrag in Höhe des unter § 1 der Haushaltssatzung festgesetzten Saldos von Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit festgesetzt wird. Die Planungsdaten der Investitionskredite für die Folgejahre müssen ebenfalls entsprechend angepasst werden.

Im Hinblick auf die deutlich geringer ausfallenden Investitionskredite sowohl im aktuellen Haushaltsjahr als auch in den Folgejahren, sind die übrigen Festsetzungen in Haushaltssatzung und Haushaltsplan zu überprüfen. Insbesondere sind die geplanten Verpflichtungsermächtigungen und Investitionskredite in den Folgejahren unter § 3 der Haushaltssatzung sowie die Veränderungen der liquiden Mittel und die Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung im Haushaltsplan entsprechend anzupassen.

Die Satzung muss nach § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 KomZG i. V. m. § 24 Abs. 2 GemO neu beschlossen werden.



Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, einzulegen.

Der Widerspruch kann schriftlich oder zur Niederschrift bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Kurfürstliches Palais, Willy-Brandt-Platz 3, 54290 Trier, oder durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur¹ an: add@poststelle.rlp.de, erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Martin Schulte

¹ Vgl. Artikel 3 Nr. 12 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. EU Nr. L 257 S. 73). Hierbei sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet auf der Seite <https://add.rlp.de/de/service/elektronische-kommunikation/> ausgeführt sind.